

INHALTSVERZEICHNIS

INHALTSVERZEICHNIS	V
QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS	XIV
A. <i>Quellen</i>	XIV
I. Ungedruckte Quellen	XIV
II. Parlamentaria	XV
III. Statistische Veröffentlichungen	XVII
IV. Sonstige gedruckte Quellen	XVIII
B. <i>Zeitschriften und Zeitungen</i>	XIX
C. <i>Schrifttum</i>	XX
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	XLVII
§ 1 EINFÜHRUNG UND LITERATURSTAND	1
I. <i>Aufgabenstellung und Ziel der Arbeit</i>	1
II. <i>Literaturstand</i>	10
III. <i>Gang der Untersuchung</i>	16
 ERSTES KAPITEL: BEGRIFFLICH-SYSTEMATISCHE UND VERFASSUNGSGESCHICHTLICHE VORAUSSETZUNGEN	
§ 2 ZUM BEGRIFF DER POLITISCHEN PARTIZIPATION, INSBESONDERE VON FRAUEN	18
§ 3 BEGRIFF UND FUNKTION DES STIMM- UND WAHLRECHTS	21
I. <i>Der Begriff des Stimm- und Wahlrechts und seine Bedeutung</i>	21
II. <i>Die verschiedenen Ebenen des Stimm- und Wahlrechts</i>	28
1. Städte und Landgemeinden	29
2. Amts- und Kreishauptmannschaften	34
3. Landesebene	37
4. Partizipation in weiteren Bereichen des öffentlichen Lebens	37
III. <i>Weitere Begriffsbestimmungen</i>	38
§ 4 DAS FRAUENBILD ZU BEGINN DES 19. JAHRHUNDERTS	41
I. <i>Frauenbild, weibliche Partizipation und Geschlechtsvormundschaft</i>	41
II. <i>Ausgangslage: Das Frauenbild in der ständischen Gesellschaft</i>	43
1. Politische und wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen in der ständischen Gesellschaft	43
2. Geistes-, kirchen- und sozialgeschichtliche Quellen des Frauenbildes	44
3. Schlussfolgerungen	46

III. Der Wandel des Frauenbildes im Rahmen des Übergangs zur bürgerlichen Gesellschaft.....	47
1. Die Formulierung von Geschlechtscharakteren.....	47
2. Die Differenzierung zwischen öffentlichem und privatem Lebensbereich.....	50
3. Schlussfolgerungen.....	52
IV. Die Frau als Inhaberin politischer Rechte.....	52
1. Naturrechtliche Herleitung	53
2. Die Frau als Staatsbürgerin.....	54
3. Gottlieb von Hippels Streitschrift für die politische Gleichberechtigung der Frauen	56
4. Die Familie als Keimzelle des Staates	57
5. Schlussfolgerungen.....	59
V. Die Aufhebung der Geschlechtsvormundschaft im Königreich Sachsen.....	61
VI. Zwischenfazit.....	64
§ 5 DIE TEILNAHME DER FRAU AM ÖFFENTLICHEN LEBEN	66
I. Zum Problem der politischen Partizipation von Frauen.....	67
II. Frauenbewegung und Frauenrechte	68
1. Die Anfänge der Frauenbewegung in Sachsen	68
a. Erstes öffentliches Wirken von Frauen im sozialen Bereich	69
b. Louise Otto-Peters und ihr Wirken für die Frauenbewegung.....	70
2. Die Frauenfrage als Rechtsfrage.....	73
3. Schlussfolgerungen.....	74
III. Das Vereins- und Versammlungsrecht als Grundlage politischer Betätigung von Frauen.....	74
1. Das sächsische Vereins- und Versammlungsrecht im Vormärz.....	75
2. Die Liberalisierung des Vereins- und Versammlungsrechts in der Bürgerlichen Revolution 1848/49.....	76
3. Die Einführung neuer Restriktionen im Jahre 1850.....	79
4. Schlussfolgerungen.....	82
IV. Zwischenfazit.....	83
DRITTES KAPITEL: DAS WAHLRECHT NACH DER VERFASSUNGSGEBUNG VON 1831 UND DER STAATSREFORM 1831-1835	85
§ 6 DER AUSSCHLUSS DER FRAUEN VOM WAHLRECHT ZUR STÄNDEVERSAMMLUNG NACH DER VERFASSUNG VON 1831	85
I. Die Entstehungsgeschichte des Wahlrechts nach der Verfassung vom 4. September 1831 und des Wahlgesetzes vom 24. September 1831	86
II. Das Wahlrecht nach dem Moßdorf-Entwurf einer Sächsischen Verfassung.....	88

III. Der Ausschluss der Frauen vom Landtagswahlrecht und die Wahlrechtsregelungen im Einzelnen.....	90
1. Die Zusammensetzung der Ersten und der Zweiten Kammer	91
2. Die allgemeinen persönlichen Voraussetzungen von Stimmberechtigung und Wählbarkeit.....	94
3. Schlussfolgerungen.....	96
IV. Zwischenfazit.....	97
§ 7 DAS FRAUENSTIMMRECHT IN DEN STÄDTEN UND LANDGEMEINDEN.....	98
I. Die Entstehung der Allgemeinen Städteordnung (AStO) für das Königreich Sachsen vom 2. Februar 1832 und das Frauenstimmrecht	99
1. Die Wahl provisorischer Communalrepräsentanten	100
a. Das mittelbare Frauenstimmrecht in Leipzig.....	100
b. Das Stimmrecht für Frauen als Forderung der „Vertreter und Vorsprecher“ der „Dresdner Bürger und Einwohner“	101
c. Das „Mandat, die Wahl provisorischer städtischer Communalrepräsentanten betreffend, vom 15. December 1830“	103
2. Außerparlamentarische Vorschläge zu einer Städteordnung.....	103
3. Schlussfolgerungen.....	106
II. Gemeindemitgliedschaft, Bürgerrecht und Frauenstimmrecht nach der AStO	107
1. Frauen als Mitglieder der Stadtgemeinde	109
a. Der Einfluss des Heimatgesetzes vom 26. November 1834 auf die Gemeindemitgliedschaft	109
b. Der Erwerb des Bürgerrechts durch Frauen	111
c. Die bürgerlichen Ehrenrechte als Voraussetzung von Stimmrecht und Wählbarkeit	114
d. Die Gemeindemitgliedschaft und Schutzverwandte	115
e. Zum Kriterium der Selbständigkeit als Voraussetzung für die Gemeindemitgliedschaft.....	116
2. Stimmrecht und Wählbarkeit in der Stadtgemeinde	117
3. Die Einführung der AStO nach dem „Gesetz, die Publication und Einführung der allgemeinen Städte-Ordnung betreffend, vom 2ten Februar 1832“ und ihre Bedeutung für das Frauenstimmrecht.....	120
4. Änderungen des Wahlrechts nach der AStO bis 1837	121
5. Schlussfolgerungen.....	122
III. Entwürfe zu einer Landgemeindeordnung (LGO)	122
1. Der Entwurf einer LGO vom 23. Februar 1833.....	123
2. Der Bericht der ersten Deputation der Zweiten Kammer vom 5. Oktober 1833	132
3. Der Entwurf einer LGO vom 21. August 1834.....	135
4. Schlussfolgerungen.....	138

IV. Zwischenfazit.....	139
VIERTES KAPITEL: DIE ENTWICKLUNG DES FRAUEN- STIMM- UND WAHLRECHTS VON 1838 BIS 1866.....	141
§ 8 DER AUSSCHLUSS DER FRAUEN VOM WAHLRECHT ZUR STÄNDEVERSAMMLUNG	141
I. Das Wahlrecht zur Ständeversammlung in der Bürgerlichen Revolution von 1848/49.....	142
II. Änderungen des Wahlrechts zur Ständeversammlung bis 1866.....	154
III. Wirkungen des Wahlrechts zur sächsischen Ständever- sammlung zwischen 1831 und 1866	159
IV. Exkurs: Die Debatte über den Zutritt des weiblichen Geschlechts auf die öffentlichen Tribünen der Ersten und Zweiten Kammer.....	165
V. Zwischenfazit.....	174
§ 9 DAS FRAUENSTIMMRECHT IN DEN STÄDTEN UND LANDGEMEINDEN.....	177
I. Das Frauenstimmrecht in den Beratungen des Sächsischen Landtages zur Landgemeindeordnung vom 7. November 1838.....	178
1. Frauen als Mitglieder der Landgemeinde	179
a. Erwerb der Gemeindemitgliedschaft durch Frauen.....	179
b. Das Kriterium der Selbständigkeit als Voraussetzung für die Gemeindemitgliedschaft.....	180
2. Das Frauenstimmrecht nach der LGO vom 7. November 1838	181
3. Schlussfolgerungen	193
II. Die Einführung der LGO nach der Verordnung vom 7. November 1838	194
III. Die weitere Entwicklung von AStO und LGO bis 1866	195
IV. Die Anwendung der AStO und der LGO auf das Frauen- stimmrecht zwischen 1831 und 1866.....	219
1. Die Stadtverordnetenwahlen in großen Städten.....	220
2. Die Stadtverordnetenwahlen in kleineren Städten mit AStO.....	222
3. Die Anwendung der LGO in kleineren Städten	223
4. Die Wahlen der Ausschusspersonen nach der LGO in verschiedenen Landgemeinden.....	228
5. Schlussfolgerungen.....	240
VI. Zwischenfazit.....	241
§ 10 FRAUENSTIMMRECHTE IN WEITEREN BEREICHEN DES ÖFFENTLICHEN LEBENS	246
I. Frauen als Stimmberechtigte in den Angelegenheiten der Kirchen- und Schulgemeinden.....	246
II. Die Wahl von Friedensrichtern	247

<i>III. Stimmrechte im berufsständischen Selbstverwaltungswesen.....</i>	<i>249</i>
<i>IV. Zwischenfazit.....</i>	<i>250</i>

FÜNFTES KAPITEL: DIE REFORMPHASE NACH DEM BEITRITT ZUM NORDDEUTSCHEN BUND 1866 UND DER GRÜNDUNG DES KAISERREICHES 1871251

§ 11 DAS WAHLRECHT ZUR STÄNDEVERSAMMLUNG	251
I. <i>Das Frauenwahlrecht als politische Forderung der sozial- demokratischen Parteien.....</i>	<i>253</i>
1. Die Entstehung der Sozialdemokratie in Sachsen	253
2. August Bebels „Die Frau und der Sozialismus“	255
3. Die Verankerung des Frauenwahlrechts im Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP).....	258
4. Schlussfolgerungen.....	260
II. <i>Das Wahlrecht und die Vernachlässigung des Frauenwahl- rechts nach dem Gesetz vom 3. Dezember 1868, die Wahlen zum Landtag betreffend.....</i>	<i>261</i>
1. Die Zusammensetzung der Kammern nach den Entwürfen vom 19. November 1867	264
2. Die Voraussetzungen von Stimmberechtigung und Wähl- barkeit nach den Entwürfen von 1867	265
3. Die Entwürfe in den Beratungen der Kammern	267
4. Schlussfolgerungen.....	279
III. <i>Reformbestrebungen im Landtagswahlrecht bis zum Jahre 1895</i>	<i>279</i>
IV. <i>Wirkungen des Wahlrechts zur sächsischen Stände- sammlung bis 1895.....</i>	<i>284</i>
1. Entwicklung der Zahl der Wahlberechtigten	284
2. Entwicklung der Wahlbeteiligung.....	285
3. Schlussfolgerungen.....	287
V. <i>Zwischenfazit.....</i>	<i>287</i>
§ 12 DAS FRAUENSTIMMRECHT IN DEN STÄDTEN UND LANDGEMEINDEN	289
I. <i>Vorgeschichte der Revision der Städte- und Landgemeinde- ordnungen.....</i>	<i>289</i>
1. Die Einführung von Kreisausschüssen, Bezirksausschüssen und Bezirksversammlungen im Rahmen der Verwaltungs- reform von 1873 bis 1878.....	291
2. Die Streit'sche Vorlage einer einheitlichen Städte- und Gemeindeordnung auf dem Landtag von 1869/70.....	296
3. Das Promemoria zur Reformfrage vom 16. Mai 1871 und Vorentwürfe der Städte- und Landgemeindeordnungen	301

4. Das Gesetz über die Aufhebung der Bürgerrechtsgebühren	302
5. Schlussfolgerungen.....	303
II. <i>Das Wahlrecht und die Vernachlässigung des Frauenstimmrechts nach der Revidierten Städteordnung (RevStO) vom 24. April 1873</i>	304
1. Frauen als Mitglieder der Stadtgemeinde	309
a. Der Erwerb des Bürgerrechts durch Frauen	310
b. Zum Kriterium der Selbständigkeit als Voraussetzung für die Gemeindemitgliedschaft.....	315
2. Stimmrecht und Wählbarkeit in der Stadtgemeinde	317
3. Das Inkrafttreten der Revidierten Städteordnung	325
4. Änderungen des Wahlrechts nach der RevStO bis zum Jahre 1895.....	325
5. Schlussfolgerungen.....	326
III. <i>Das Wahlrecht und die Vernachlässigung des Frauenstimmrechts nach der Städteordnung für mittlere und kleine Städte (StOmkSt) vom 24. April 1873</i>	327
IV. <i>Das Frauenstimmrecht nach der Revidierten Landgemeindeordnung (RevLGO) vom 24. April 1873</i>	329
1. Frauen als Mitglieder der Landgemeinde	331
2. Stimmrecht und Wählbarkeit in der Landgemeinde	332
3. Das Inkrafttreten der Revidierten Landgemeindeordnung.....	340
4. Änderungen des Wahlrechts nach der Revidierten Landgemeindeordnung bis zum Jahre 1895.....	340
a. Die Petitionen einiger Landgemeinden auf Anwendung wahlrechtlicher Vorschriften der RevStO.....	340
b. Das Gesetz, eine Änderung der Revidierten Landgemeindeordnung vom 24. April 1873 betreffend, vom 24. April 1886.....	350
5. Die Teilnahme von Frauen an den Wahlen in Landgemeinden.....	351
6. Schlussfolgerungen.....	353
V. <i>Zwischenfazit</i>	354
§ 13 FRAUENSTIMMRECHTE IN WEITEREN BEREICHEN DES ÖFFENTLICHEN LEBENS	357
I. <i>Der Ausschluss von Frauen von den Stimmrechten in der Verfassung der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Sachsen</i>	357
II. <i>Frauenstimmrechte im berufsständischen Selbstverwaltungswesen</i>	360
III. <i>Das Frauenstimmrecht in der Selbstverwaltung der Sozialversicherung</i>	361
IV. <i>Zwischenfazit</i>	363

SECHSTES KAPITEL: DIE ZEIT VON DEN WAHLRECHTSKÄMPFEN UM 1900 BIS ZUM ENDE DER MONARCHIE IN SACHSEN 1918365

§ 14 DIE BEDEUTUNG DER FRAGE DES FRAUENWAHLRECHTS IN DEN WAHLRECHTSKÄMPFEN 1895-1909 UND IN DER WEITEREN ENTWICKLUNG DES WAHLRECHTS ZUR STÄNDEVERSAMMLUNG	365
I. <i>Das Erstarken der Sozialdemokratie in Sachsen und das „Kartell der Ordnungsparteien“</i>	365
II. <i>Die Einführung des Dreiklassenwahlrechts in den Gesetzen vom 27. und 28. März 1896</i>	369
1. Die Vorgeschichte der Gesetzentwürfe von 1896	370
2. Der Inhalt und die Beratungen der Gesetzentwürfe von 1896	374
3. Die Wahlrechtskämpfe in Sachsen 1896-1906	381
4. Die Vorschläge der Regierung zu einer Reform des Landtagswahlrechts	385
5. Schlussfolgerungen	392
III. <i>Das Wahlgesetz für die Zweite Kammer der Ständever- sammlung vom 5. Mai 1909</i>	393
1. Die Beratungen der Gesetzentwürfe von 1907/1908	394
2. Anträge auf Abänderung der Zusammensetzung der Ersten Kammer	403
3. Schlussfolgerungen	404
IV. <i>Die Wahlen zur sächsischen Ständerversammlung unter dem Dreiklassen- und dem Pluralwahlrecht im Überblick</i>	405
V. <i>Die Aktivitäten der Frauenstimmrechtsbewegung in Sachsen für das Frauenwahlrecht</i>	407
1. Das Wirken Marie Stritts in der bürgerlichen Frauenbewegung	408
2. Die Entstehung und Zielsetzung der organisierten Frauenstimmrechtsbewegung	409
3. Der erfolgreiche Protest gegen die Einführung des Verbots der Teilnahme von Frauen an politischen Versammlungen in Sachsen im Jahre 1898	414
4. Petitionen auf Einführung des Frauenwahlrechts aus den Reihen der sächsischen Frauenstimmrechtsbewegung	418
5. Schlussfolgerungen	420
VI. <i>Letzte Reformversuche des Landtagswahlrechts 1917/18</i>	421
VII. <i>Zwischenfazit</i>	431
§ 15 DIE PRAXIS DES FRAUENWAHLRECHTS UNTER DEN REVIDIERTEN STÄDTEORDNUNGEN UND DER REVIDIERTEN LANDGEMEINDEORDNUNG	434
I. <i>Änderungen im Gemeindewahlrecht der Städte und Landgemeinden</i>	434
1. Die Einführung eines Dreiklassenwahlrechts in den Städten und seine Wirkungen	435

2. Das Gesetz, Änderung und Ergänzung von Bestimmungen der Revidierten Landgemeindeordnung betreffend, vom 4. Juli 1912	441
3. Schlussfolgerungen.....	452
<i>II. Anderweitige Mitwirkung von Frauen an der Gemeindeverwaltung.....</i>	<i>452</i>
1. Die Mitarbeit von Frauen in den Gemeindewaisenräten	453
2. Frauen in der Gewerbeaufsicht	455
3. Die Hinzuziehung von Frauen in die gemischten Ausschüsse.....	455
4. Schlussfolgerungen.....	463
<i>III. Zwischenfazit.....</i>	<i>464</i>
§ 16 FRAUENSTIMMRECHTE IN WEITEREN BEREICHEN DES	
ÖFFENTLICHEN LEBENS	465
<i>I. Das Frauenstimmrecht im Schulwesen.....</i>	<i>465</i>
<i>II. Frauenstimmrechte in der Selbstverwaltung der Sozialversicherung.....</i>	<i>469</i>
<i>III. Zwischenfazit.....</i>	<i>469</i>
 SIEBENTES KAPITEL: DIE EINFÜHRUNG DES FRAUENWAHLRECHTS NACH DEM ENDE DER MONARCHIE IN SACHSEN	 471
§ 17 DIE EINFÜHRUNG DES FRAUENWAHLRECHT DURCH DEN „AUFRUF DES RATES DER VOLKSBEAUFTRAGTEN AN DAS DEUTSCHE VOLK“ VOM 12. NOVEMBER 1918	471
<i>I. Die Neuordnung des Wahlrechts im Freistaat Sachsen.....</i>	<i>471</i>
1. Die Ereignisse auf Reichsebene und ihre Wirkungen auf Sachsen	471
2. Die Entwicklungen in Sachsen	473
3. Die Rolle der Frauenbewegung in der Revolution von 1918.....	475
a. Frauen in den Arbeiter- und Soldatenräten.....	475
b. Stimmen zur Einführung des Frauenwahlrechts aus den Reihen der Frauenbewegung.....	480
4. Schlussfolgerungen.....	482
<i>II. Das Frauenwahlrecht bei den sächsischen Volkskammerwahlen vom 2. Februar 1919</i>	<i>482</i>
1. Die Verordnung über die Wahlen zur Volkskammer der Republik Sachsen (Landeswahlgesetz), vom 27. Dezember 1918.....	483
2. Weibliche Kandidaturen bei den Wahlen zur Volkskammer am 2. Februar 1919	484
3. Die schlechte Listenplatzierung von Frauen und ihre Ursachen	485
4. Teilnahme von Frauen an öffentlichen Wahlveranstaltungen	488
5. Das Abschneiden von Frauen bei den Wahlen zur Volkskammer	490
6. Entwicklung der Zahl der Wahlberechtigten	494
7. Die Wahlbeteiligung von Frauen an den Volkskammerwahlen.....	494
8. Schlussfolgerungen.....	496

III. Die Einführung des Frauenwahlrechts in weiteren Bereichen des öffentlichen Lebens	497
IV. Zwischenfazit	499
§ 18 DAS FRAUENWAHLRECHT ZUM LANDTAG UNTER DER SÄCHSISCHEN VERFASSUNG VOM 1. NOVEMBER 1920	501
I. Das Frauenwahlrecht bei den Landtagswahlen vom 14. November 1920	501
II. Die ersten weiblichen Abgeordneten im Sächsischen Landtag	502
III. Das Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid vom 8. März 1921	503
IV. Zwischenfazit	504
§ 19 DAS FRAUENWAHLRECHT IN DEN STÄDTEN UND LANDGEMEINDEN	505
I. Die Bekanntmachung über die Wahlen von Stadtverordneten und Gemeindevertretern vom 28. November 1918	505
II. Die Auflösung der selbständigen Gutsbezirke	508
III. Die Wahlen in den Städten und Landgemeinden in Sachsen Anfang 1919 anhand einiger Beispiele	508
1. Kandidatur und Listenplatzierung von Frauen am Beispiel der Stadtverordnetenwahl in Dresden	508
2. Kandidatur und Wahlerfolg von Frauen in Landgemeinden und kleineren Städten	511
3. Die Wahlbeteiligung an den Stadtverordneten- und Gemeindevertreterwahlen	513
4. Weitere Stimmrechte von Frauen in kommunalen Gremien	515
5. Schlussfolgerungen	517
IV. Die Wählbarkeit von Frauen zu den Bezirksversammlungen, Bezirksausschüssen und Kreisausschüssen	518
V. Das Frauenwahlrecht nach der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen vom 1. August 1923	522
VI. Zwischenfazit	523
ERGEBNIS UND AUSBLICK	526